

Die Arbeiterin

Zeitschrift

für die Interessen der Frauen und Mädchen des arbeitenden Volkes.

Organ aller auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Vereinigungen der Arbeiterinnen.

— Eintracht macht stark — Bildung macht frei! —

Redaktion: Emma Ihrer, Welten (Marf). — Expedition und Verlag: Fr. Meyer, Hamburg, Rosenstr. 35.

Erscheint wöchentlich einmal und zwar am
Sonnabend.

Annoncen pro Zeile 20 Pfennig. Vereine erhalten
Rabatt.

Abonnement pro Vierteljahr 1 Mark, Einzelnummer
10 Pf. Direkt per Kreuzband Mt. 1.40.

Fremde und Freundinnen! Sorgt für die Verbreitung der „Arbeiterin“!

Die heutige Knabenerziehung.

Den „Neuen Bahnen“ entnehmen wir folgendes über: Wir sind mit vollem Recht entrüstet, ja empört, wenn wir hören, daß ein Vertreter des Volkes — doch aus Männern und Frauen besteht, — es aussprechen wagt: Man erweise den Frauen, die um den kleinen Theil ihrer Menschenrechte bitten, zu viel Gere, wenn man von ihrem bescheidenen Gesuch überhört! Notiz nehme! Aber machen wir uns klar, daß die große Mehrzahl seiner Zuhörer gar nichts so Ungehörliches in diesem Ausdruck sieht, daß sie den Gedanken vielmehr ganz in der Ordnung findet? Wenn wir mit allen Kräften darnach streben, unser eigenes Geschlecht aus den uralten Banden geistiger und materieller Abhängigkeit zur Höhe freien, bewußten Denkens und Handelns emporzuheben, wenn wir uns dieses würdigeren Loses auch würdiger zu machen suchen. Aber es ist damit doch nur die eine Hälfte der schweren Aufgabe in Angriff genommen. Wie unendlich würde die Aufgabe erleichtert und gefördert, wenn eine bessere Erziehung der Mädchen, die angestrebte Erziehung der Knaben durch die Frau, Hand in Hand ginge mit einer besseren Erziehung der Knaben.

Nur vom schlichten Standpunkt der Mutter, den selbst die radikalsten Gegner weiblicher Selbstständigkeit rückhaltlos anerkennen, möchte ich von den vielen Stimmen sprechen, die im Schooße der Familie täglich und stündlich bei der Erziehung unserer Söhne von uns vernommen und begangen werden, freilich ohne Ahnung ihrer verhängnisvollen Tragweite.

Mit der Stunde, in der das geliebte Kind seine Augen dem Lichte öffnet, beginnt die Verantwortlichkeit der Eltern für die junge Seele, in so vielen Fällen aber auch das Unrecht, das sie an ihr — und an der Natur begehen. Für den aufmerksamen Beobachter offenbart sich schon in den betreffenden täglichen Familienangelegenheiten der feine Unterschied dar, den man zwischen beiden Geschlechtern zu machen pflegt. Die Geburt eines Sohnes wird den theilnehmenden Freunden fast nie anders als „hoch erfreut“ — die einer Tochter dagegen oft ohne dieses Beiwort mitgeteilt. Diese Auffassung des glücklichen Ereignisses entspricht so ganz und gar der allgemeinen Anschauung, ist bei Arm und Reich gleichgültig, daß man sich kaum der grenzenlosen Ungerechtigkeit derselben bewußt ist, daß man es vielmehr ganz natürlich findet, wenn der sehnlichst erwartete Stammhalter, der den Namen des Vaters fortführen, vielleicht mit neuen Ehren bedecken wird — der Glückseligkeit darf ja dafür wirken und streben! — mit Stolz und Jubel begrüßt wird — und wenn an der Wiege des Töchterchens so oft, bald laut, bald leise, bald unheimlich, bald wehmüthsvoll das häßliche Wort erklingt: „Nur ein Mädchen!“ Wie ein Fluch für das unglückliche Wesen — und für unser ganzes Geschlecht!

Zum Glück sind unsere Söhne, wenn dieser erste Erziehungsfehler an ihnen begangen wird, noch so jugendlichem Alter, daß sie nichts davon merken, und also auch noch nichts darauf einbilden können. Um so eifriger sind wir aber in der Folge bemüht, im richtigen Sinne fortzufahren — und einige Jahre später werden die Einwürfe um so besser. Wenn der kleine ungeliebte Bengel, vielleicht von seiner Umgebung aufgegriffen, sich aufs heftigste gegen einen zierlichen Kraken, ein Kleibchen oder Schürzchen sträubt, „weil er nicht so schön sein will wie ein Mädchen“, thut ihm die junge Mutter, von der Wichtigkeit dieses Arguments durchdrungen, nicht meistens lächelnd den Willen? Wenn er bei jeder Gelegenheit in Thränen ausbricht, wenn er einen Splitter in seinem Händchen oder dergleichen eine kindliche Angst äußert, wie schnell sind da die unglückseligen Redensarten bei der Hand. „Pui, wer denn gleich weinen, wie ein Mädchen? Ein Junge

darf nicht so wehleidig, so ängstlich, so feige sein, wie ein kleines Mädchen!“ Abgesehen davon, daß diese Anschauung der Dinge so häufig im direkten Widerspruch mit der Wahrheit steht — kleine Mädchen sind gewöhnlich beherzter, wie kleine Knaben und die Natur hat uns auch offenbar gar nicht feige haben wollen, da sie uns bei Erfüllung unseres wichtigsten, wie unere Gegner behaupten wollen, unseres einzigen Naturzweckes den Tod vor die Augen stellt, abgesehen davon, welche thörichten unheilvollen Bahnen pflanzen wir in die harmlose Seele des Kindes! Daß es eine Erniedrigung, ja eine Schande für ihn sei, einem Mädchen zu gleichen, daß er aus einem besseren Holz geschnitten sei, weil er — ein Knabe ist! Das bekannte ungezogene Wort aus Knabenmund: „Mit Mädchen mag ich nicht spielen!“ ist — auch nur eine kindliche Aeußerung seines Wahnes, und wenn wir unsere Jungen dafür strafen, so begehen wir eigentlich dieselbe große Inkonsequenz, deren sich die Männer schuldig machen, wenn sie uns so beharrlich unsere Schwächen und Fehler vorwerfen, die sie uns doch erst anerzogen haben. Wir bestrafen ihn für denselben Wahn, den wir doch bei jeder anderen Gelegenheit hegen und pflegen. So sprechen viele Leute ohne Scheu in Gegenwart der Kinder davon, daß es bei einem Mädchen nichts auf sich hat, wenn sie in der Schule nur langsam fortkommt, oder wenn sie dieselbe öfter wechseln muß, dies aber bei einem Jungen im Interesse seiner Zukunft von größter Bedeutung sei. Wie wichtig für das Wohl des Staates und der Gemeindegemeinde muß sich selbst der bescheidenste kleinste A.B.C. Schütze bei solchen Reden vornehmen! Wie mittheilbar — wenn nicht verächtlich — mag er in seinem Mannesstolz auf das Schwesterchen heruntersehen, das ihm — auch wieder ein Beto, das die Natur gegen blinde Vorurtheile eingelegt — so bedenklich oft an Leichtigkeit der Auffassung, Gedankenscharfe — und Verneiner überlegen ist. Für sie ist Lernen ja doch nur „unnützer Kram“, keiner fragt sie ja, was sie werden will, — denn sie kann doch nie etwas werden — ihn aber Jeder. Um das theuere Studium des Sohnes — sei es nun Universitätsstudium oder jede andere berufliche Ausbildung — zu ermöglichen, legen die Eltern sich, wenn's nöthig ist, selbst Einschränkungen und Entbehrenungen aller Art auf — sich und ihren Töchtern, deren intellektuelle Fähigkeiten die seinen möglicherweise überlegen, deren gerechte Ansprüche an die gleiche elterliche Opferwilligkeit aber leider, leider heute noch in den seltensten Fällen anerkannt werden. Es ist nur eine ganz natürliche Folge der verkehrten Erziehung, wenn der heranwachsende Sohn das, was ihm als so selbstverständlich geboten wird, als sein gutes Recht in Anspruch nimmt, dieses mißbraucht und darauf sündigt. Die „guten alten Studentenlieder“, die in ihrer naiven Gefühlshoheit diesen Mißbrauch charakterisiren, werden nach wie vor von begeisterten — und durstigen jugendlichen Kehlen gesungen, und die alte traurige Geschichte von der armen Wittve, die ihr letztes Scherlein für den geliebten Sohn hergiebt, von den aufopfernden Schwestern, die tagaus, tagein an der mühseligen schlechtbezahlten Handarbeit sitzen und sich jede Lebensfreude versagen, ja Noth und Mangel leiden, um den Weg des Bruders zu ebnen, des Bruders, der vielleicht dies mütterliche und schwesterliche Märtyrertum durch Leichtsinns und Unandant lohnt und die Frucht monatelangen Fleißes und Entbehrens in einer einzigen tollen Nacht verjubelt — diese traurige Geschichte ist noch nicht ins Fabelbuch verbannt. Aber selbst, wenn wir den Blick von dieser schlimmsten Erscheinungsform, in der sich die Verkehrtheit unserer häuslichen Erziehung äußert, abwenden — in jedem Falle ist die Bevorzugung des Sohnes auf Kosten der Tochter nicht nur ein schweres Unrecht, ja eine Verfündigung gegen diese, man schädigt auch den Charakter des Sohnes —

durch die Anschauung, daß er schon allein als männliches Wesen den natürlichen Anspruch auf jede Rücksichtnahme habe.

Die zärtliche Mutter fühlt dies wohl auch auf dem Grund ihrer Seele, und da ihr ja das Wohl aller ihrer Kinder am Herzen liegt, so sucht sie das an der Tochter begangene Unrecht auszugleichen, indem sie es wohl schon den kleinen Knaben in sorglicher Liebe einprägt: „Wenn du erst ein Mann bist, dann ist es deine Pflicht, für dein Schwesterchen zu sorgen.“ Doch mit dieser mütterlichen Ermahnung bessert sie das Uebel nicht, sie gießt im Gegentheil nur Del in's Feuer, denn sie fügt zu dem Glauben ihres Sohnes an seine männliche Ueberlegenheit, zu dem Wahn von der Minderwerthigkeit seiner Schwester noch den von ihrer ewigen Schutzbedürftigkeit.

Bis es indessen zur Realisirung des mütterlichen Zukunftsbildes kommt — und zum Glück für beide Theile, tritt das angebeutete Verhältniß immer seltener ein — muß die Schwester für den Bruder sorgen. Nicht nur, daß die Mutter fast nie eine häusliche Hilfe von ihm verlangt, und sich damit ausschließlich an die Tochter wendet, so ist es auch in den meisten Familien Sitte, daß die Schwestern zu Hause bleiben müssen, während die Knaben frei und unbekümmert in Hof und Garten herumtollen dürfen. Am schwersten aber wiegt doch der Irrthum, die ganz unbegreifliche, grenzenlose Nachsicht der Mütter gegenüber ihren Söhnen mit alledem, was man unter dem widerstündigen Worte: „sich austoben“ versteht. Dieser Begriff schließt bekanntlich alles mögliche in sich, was eigentlich — verboten sein sollte, dem weiblichen Geschlechte auch wirklich strenge verboten ist. Wenn jedoch die natürliche Lebhaftigkeit des Knaben zuweilen in die ärgsten Rohheiten ausartet, wenn der heranwachsende Jüngling in wüsten Gelagen in maßloser Vertilgung geistiger Getränke, in Schlägereien seine Männlichkeit zu dokumentiren sucht, wenn der junge Mann sein unwürdiges Spiel mit Mädchenherzen treibt, so hat die Mutter doch schließlich das leidige Trostwort bei der Hand: „Es ist die Natur des Mannes, er muß sich eben austoben.“ Aus dieser Redensart und der anderen: „das schickt sich für ein Mädchen nicht,“ macht sich selbst der harmloseste kleine Junge die Nichtsnur zurecht, nach der sich später sein Leben gestaltet und der er oft bis an sein Ende treu bleibt. Und diese Nichtsnur wird — das ist das traurigste, zur Geißel für unser Geschlecht, zur gefährlichen Waffe in der Hand unserer Gegner. Dürfen wir uns wundern, daß sie wieder von dieser Waffe Gebrauch machen? — Wir müssen es im Gegentheil als ein frohes Wunder begrüßen, daß es trotzdem zu allen Zeiten aufgeklärte und großherzige Männer gegeben hat, welche die Ungerechtigkeit der herrschenden Gesellschaftsordnung klar erkannten und für unsere Menschenrechte eintraten, daß auch heute eine so große Zahl einsichtsvoller, ehrlicher und bedeutender Männer auf unserer Seite stehen, auf der Seite des Rechtes.

Daß die vorurtheilslosen Ansichten bald die allgemeinen werden, dazu können wir Mütter das allermeiste beitragen. Wenn wir statt gedankenlos in engherzigen, mittelalterlichen Vorurtheilen weiterzuleben und unseren Kindern unwahre, naturwidrige Anschauungen und thörichte Redensarten einzuprägen, dieselben nach den für Mann und Weib gleichen Geboten der wahren Sittenlehre erziehen wollen, deren oberster Grundfah lautet: „Was Du nicht willst, daß man Dir thu, das füg' auch keinem Andern zu,“ dann würden wir die schönen Früchte dieser Erziehung gar bald gewahr werden. Unsere Söhne zu lehren, im Weibe die gleichberechtigte Schwester, die ehrliche Mitkämpferin im Kampf ums Dasein zu erblicken, jedem diese Anschauung schädigenden Einfluß müthig entgegen zu treten, keinerlei Beringschätzung und Mißachtung in unserem Hause, in

unserer Gegenwart zu dulden — es giebt auch alte Knaben, die sich in dieser Beziehung schwer versündigen — auch auf diese unjeren erziehlischen Einfluß auszudehnen, die falschen Lehren von einer doppelten Moral unerbittlich zu verurtheilen, sei unser eifrigstes Bemühen, unsere heiligste Pflicht und deren Erfüllung wird unserem ganzen Geschlecht zu Gute kommen.

Wenn wir ernstlich wollen, dann giebt es in 20 Jahren keine Frauenfrage mehr, denn jede Frage ist bis dahin nicht nur von unseren glücklicheren Töchtern, auch von unseren besser erzogenen Söhnen aufs beste gelöst.

Marie Stritt.

Ist sonst viel Beachtenswerthes in den Ausführungen, so ist doch mit dem Optimismus der letzten Sätze — der Kurzsichtigkeit und Einseitigkeit derselben — weit über das Ziel hinausgeschossen. Wäre die Lösung dieses Theiles der sozialen Frage so einfach und leicht, wir getrauten uns, noch selbst diese Lösung herbeiführen zu helfen und davon zu profitieren.

Die Rechtlosigkeit der Frau wurzelt aber viel tiefer in der heutigen Gesellschaft, sie wurzelt im Gesetz, das allerdings bisher von Männern gemacht wurde, die voll Vorurtheil gegen das weibliche Geschlecht erzogen wurden. Nicht würde es genügen, die Vorurtheile der Männer zu beseitigen, sondern um mit ihnen auf gleicher Stufe zu stehen, müssen wir die Beseitigung dieser bestehenden einseitigen Gesetzesvorschriften verlangen. Um ernstlich ein solches Verlangen stellen zu können, bedürfen wir der politischen Rechte.

Die heutige Gesellschaft ist nicht gewillt, uns solche zu geben, also bedarf es erst der gänzlichen Beseitigung der heutigen Gesellschaftsordnung um zum Ziele, der Befreiung des Weibes, zu gelangen. Diese Beseitigung alles Unrechts und aller Unordnung, das ist das Ziel der Sozialdemokratie, in diesem Zeichen allein, daß allen Menschheit Freiheit und Gleichheit bringt, werden auch wir den Sieg erreichen über die Jahrhunderte lange Sklaverei. Mit der Sozialdemokratie haben wir gemeinsam zu kämpfen, alle anderen Versuche sind Halbheiten. Daß wir die Mütter auf soziale Unterschiede aufmerksam machen, ist gut und nothwendig und eine gleichmäßigere Kindererziehung kann uns allerdings ein Stück vorwärts bringen. Aber diese allein macht es nicht, sondern die Erkenntnis, daß alle Geschlechts- und Klassenunterschiede aus der Welt geschafft werden müssen und daß wir unsere ganze Kraft hierfür einzusetzen haben, um nicht nur die Rechtlosigkeit des Weibes zu beseitigen, sondern, zugleich das Ganze im Auge behaltend, kämpfen für eine neue gerechte Gesellschaftsordnung mit der Devise:

Jedem das Seine!

Aus dem Reichstage.

In der vergangenen Woche war die Krankenkassennovelle Hauptgegenstand der Beratungen mit einer Unterbrechung zu Gunsten der Petition der Künstler. Um die kurze Darstellung der Verhandlungen möglichst übersichtlich zu geben, werden wir die Krankenkassennovelle-Beratung ununterbrochen fortführen. Obnehin sind es nur einzelne Theile des Krankenkassengesetzes, welche zur Verhandlung kommen, weil nicht alle durch das neue Gesetz eine Aenderung erfahren.

§ 7, erweiterte Zulässigkeit der Krankenhausbehandlung für ansteckende Krankheiten, wird genauer bestimmt und unter Ablehnung aller Aenderungen in der ursprünglichen Form angenommen.

§ 8, Festsetzung des ortsüblichen Tagelohns nach Altersklassen, wird angenommen mit einem Zusatz von Strombeck (Zentr.), die nähere Altersangabe jugendlicher Arbeiter betreffend. (Strombeck stellt zu fast jedem Absatz einen Antrag, meist nur ganz unbedeutende Abänderungen, zuweilen Verbesserungen des vorliegenden Absatzes; sie werden hier und da angenommen, während alle wirklichen Verbesserungen, glücklicherweise auch meist Verschlechterungen, niedergestimmt werden.)

Die Gemeindefrankenversicherung wird bis zu Ende ohne Abänderung nach den Kommissionsbeschlüssen angenommen.

§ 20 bestimmt die Leistungen der Ortskrankenkassen. Das Krankengeld soll sich hier nach dem durchschnittlichen (nicht ortsüblichen) Tagelohn richten. Für Wöchnerinnen soll Krankengeld gewährt werden, wenn sie sechs Monate vor der Entbindung ununterbrochen Mitglieder der Kasse gewesen sind.

Antrag Auer (Soz.) will das Wort „ununterbrochen“ streichen.

Antrag Spahn (Zentr.) will nur ehelichen Wöchnerinnen Krankengeld geben, weil die Unterstützung der unehelichen gegen die guten Sitten verstoßen würde.

Kunert (Soz.): Der Ausdruck „ununterbrochen“ enthält eine schwere Schädigung für die betreffenden Frauen. Ein ganz unverschuldeter Wechsel von einer Kasse in die andere in Folge des Suchens nach Arbeit würde sie in solchen Fällen der Unterstützung berauben. Ebenso ungerecht wäre es, uneheliche Wöchnerinnen auszuschließen, denn sie sind meist die Hilfsbedürftigsten, wie auch die große Sterblichkeit der unehelichen Kinder beweist. Für gleiche geleistete Kassenpflicht gebührt ihr gleiche Gegenleistung. Sollte aber das Mädchen durch Entziehung ihres Rechtes für den unehelichen Umgang bestraft werden, so müßte der mitschuldige Mann ebenfalls bestraft werden; freilich würden darunter nicht nur die Arbeiter, sondern auch zahlreiche Mitglieder der Bourgeoisie leiden. Religiöse und sittliche Fragen gehören nicht in die Krankenversicherung; auch sollen sie nicht geschädigt werden auf Kosten der Menschlichkeit und der Gerechtigkeit.

Konservative und Zentrumsmitglieder sprechen gegen, Freisinnige für Unterstützung der unehelichen Wöchnerinnen; ein konservativer Abgeordneter, der im Laufe der Debatten sich häufig zu Gunsten der Arbeiter von seinen Fraktionsgenossen getrennt hat, Graf Holstein, tritt auch hier für die menschliche und gerechte Auffassung ein.

Abg. Hize (Zentr.) will die Unterstützung der Wöchnerinnen überhaupt gestrichen haben, sie gehöre nicht zur Krankenversicherung, sondern zu den Werken christlicher Nächstenliebe.

Bebel (Soz.) verteidigt nochmals das Recht aller Wöchnerinnen. Er weist daraufhin, daß der Stand der öffentlichen Sittlichkeit überall da größer sei, wo die Kirche nicht herrsche, wo sie ihre Macht verliere. Recht und Gesetz sind bessere Stützen, als Glaube und Moral. Ist es aber unmoralisch, uneheliche Wöchnerinnen zu unterstützen, dann dürfe es auch freiwillig nicht geschehen. Soll aber gestraft werden, warum nur die Mutter und das Kind treffen? Warum nicht den Vater verantwortlich machen, der sehr oft nicht in Arbeiterkreisen zu suchen sein wird? Wollen wir trotzdem Mutter und Kind aus der Kasse unterstützen, so zeigt es sich nur, daß wir auf einem weit höheren moralischen Standpunkt stehen. Wird die uneheliche Wöchnerin auf die unsichere und verachtete Armenunterstützung angewiesen, so sinkt sie immer tiefer in Noth, wohl gar in Verbrechen. Wie die Engelmacherei zeigt, ist das Kind der unehelichen Wöchnerin großen Gefahren ausgesetzt, die aus der Armut und Hilflosigkeit der Mutter stammen und die man nicht vermehren darf, indem man ihr ihr Recht verkürzt. Aber es zeigt sich wieder deutlich, daß Religion und Menschlichkeit zwei sehr verschiedene Dinge sind.

In der weiteren Debatte führt Hize (freil.) an, daß die Unterstützung der Wöchnerinnen eine nothwendige Folge der Anordnung sei, nach welcher sie während 4 Wochen nach der Entbindung nicht arbeiten dürfen.

Ministerialdirektor Bohmann. Es sei nicht richtig, daß sie gezwungen seien, vier Wochen von der Arbeit fern zu bleiben. Der Fabrikant dürfe sie nur vier Wochen lang nicht beschäftigen. (Weiterkeit.)

§ 20 wird unverändert angenommen.

§ 21 gestattet den Krankenkassen eine Erhöhung und Erweiterung ihrer Leistungen; z. B. kann das Krankengeld auch vom ersten Tage und für die Sonn- und Feiertage gezahlt werden. Die Regierung wollte die Erweiterung an die Zustimmung der Arbeitgeber und Arbeiter knüpfen; die Kommission verlangt nur, daß der Referendatsfonds den gesetzlich vorgeschriebenen Betrag erreicht haben muß.

Hize und Spahn (Zentr.) beantragen, die Zustimmung der Arbeitgeber wieder einzufügen, und mit diesem Zusatz wird der § 21 angenommen.

§ 26a verläßt den Kassenmitgliedern, welche auch anderweitig gegen Krankheit versichert sind, das Krankengeld so weit, daß es mit der anderweitigen Entschädigung zusammen den durchschnittlichen Tagelohn des Arbeiters nicht übersteigt.

Ein Antrag der Sozialdemokraten will diese Bestimmung streichen.

Grillenberger (Soz.): Dieses Gesetz enthält viele Härten für solche Gegenden, in denen früher die Krankenversicherung weit besser geregelt war. Die Bestimmungen wegen der Uebersicherung, nach welchen kein Arbeiter im Krankheitsfall eine höhere Unterstützung beanspruchen darf, als sein durchschnittlicher Tagelohn beträgt, sind besonders zu bekämpfen. Denn nicht der Arzt, nicht die Arzneien, wie der Staatssekretär meint, sind das dringendste Bedürfnis des Kranken; er selbst und die Familie muß leben können, während oft Beide — Mann und Frau — durch Krankheit am Verdienen gehindert sind. Im Südwesten Deutschlands hat ein sehr blühendes System von vielerlei Krankenkassen bestanden, welche durch das neue Gesetz sehr geschädigt worden sind und deren sehr zahlreiche Mitglieder den Verlust der früheren Vortheile sehr schwer empfinden. Auch die Entziehung des Krankengeldes im Falle einer selbstverschuldeten Krankheit (geschlechtliche Ausschweifungen, Trunksucht, Schlägereien) muß gestrichen werden. Die Selbstverschuldung läßt sich oft gar nicht feststellen. Es kommt häufig vor, daß ein Arbeiter des Nachts überfallen und schwer verletzt wird, in solchem Falle haben die betreffenden Lokalkassen einfach das Krankengeld verweigert und die Familie erhielt das Geld erst nach Beendigung der gerichtlichen Verhandlung. Auch sollte die Unterstützungsfrist von 13 auf 52 Wochen ausgedehnt werden.

§ 26a bestimmt auch, daß die Mitglieder der Ortskrankenkasse verpflichtet sind, es derselben binnen drei Tagen anzuzeigen, falls sie anderweitige Versicherungen eingegangen sind, bei Verlust ihrer Ansprüche. — Der Paragraph wird unverändert genehmigt.

§ 52 bestimmt, daß die Beiträge zur Krankenversicherung zu $\frac{1}{2}$ von den Arbeitern, zu $\frac{1}{2}$ von den Arbeitgebern getragen werden. Statutarische Bestimmungen können diejenigen Arbeitgeber von der Beitragspflicht befreien, welche keine Motoren benutzen und nicht mehr als zwei versicherungspflichtige Personen beschäftigen.

Ein Antrag der Sozialdemokraten, letztere Bestimmung zu streichen, wird abgelehnt und § 52 unverändert angenommen.

§ 55a ist von der Kommission eingefügt. Die höhere Verwaltungsbehörde soll auf Antrag von 30 beteiligten Versicherten anordnen können, daß auch andere als die von der Kasse bestimmten Ärzte und Apotheken in Anspruch genommen werden, wenn durch die von der Kasse getroffenen Anordnungen eine dem Bedürfnis des Versicherten entsprechende Leistung der Kasse nicht gesichert ist.

Hierüber entspinnt sich eine lebhafte Debatte, in der verschiedene Abänderungsanträge gestellt werden.

Abg. Ebert (freil.) ist aus praktischen Gründen auf Grund seiner Erfahrungen gegen die Anträge und hält die freie Arztwahl für das Erstrebenswerthe.

Abg. Möller (nat. lib.) will für § 55a stimmen, obwohl er denselben nicht ganz billigt.

Staatssekretär v. Bötticher hält die freie Arztwahl für ein schönes Ideal, das jedoch nicht durchführbar ist. Die Kassen haben des Guten schon sehr viel gebracht, man könne nicht Vollkommenheit von ihnen verlangen. Er bittet um Streichung der Zusatzanträge und des ganzen eingeschobenen Absatzes.

Abg. Langerhans (freil.) ist für freie Arztwahl wie sie bei den freien Kassen bestand. Die schlechte Besoldung der bestimmten Kassenärzte ist ein großes Uebel und dieses werde durch Einmischung der oberen Behörde nicht gebessert. Im Gegentheil sei es für das Wohl der Kassen erforderlich, ihnen freien Spielraum zu gewähren.

Abg. Wurm (Soz.). Die vorliegenden Bestimmungen sollen die schädliche Wirkung des Arztzwanges mildern, aber damit ist nicht geholfen. Die Frage nach der Wirksamkeit des Arztes ist eine reine Vertrauensfrage und kann nicht von der Behörde gelöst werden. Die schlechte Bezahlung der Kassenärzte schafft ein Arztproletariat; das Wichtigste würde sein: Verstaatlichung der Apotheken und Ärzte. Die Kassen können allerdings die freie Arztwahl nicht bestreiten; es fehle eben an den Mitteln, dem Arbeiter die nöthige Fürsorge zu gewähren. Deshalb erhalte der Arbeiter, wie bei der ganzen Verbesserung, so auch hier ein Surrogat, Bichorie für Kasse. Die Arbeitergesetzgebung habe den

Zweck, die Arbeiter der Sozialdemokratie zu entfremden; sie thue das Gegentheil, da überall der Grundsatz zu Tage trete: für euch, arme Teufel, ist das Schlechteste gerade gut genug.

Nach einer längeren Auseinandersetzung über Berliner Verhältnisse zwischen Singer (Soz.) und Ebert (freil.) wird § 55a angenommen unter Streichung des Satzes: „wenn durch die von der Kasse getroffenen Anordnungen eine dem Bedürfnis des Versicherten entsprechende Bewährung der Kassenleistungen nicht gesichert ist.“

§ 56 bestimmt, daß Krankengelder nicht verpfändet, nicht übertragen und nicht gepfändet, und nur auf geschuldeten Beiträgen angerechnet werden dürfen. Die Vorlage will die Aufrechnung auch gegen Eintrittsgelder und Geldstrafen gestatten und außerdem die Unterstützungsansprüche in zwei Jahren verjähren lassen.

Abg. Mollenbuhr (Soz.) belämpft den Zusatz, welcher jedoch mit dem § 65 angenommen wird.

In der Sitzung vom 24. November kam die Interpellation Hize und Gen. (Zentr.) zur Besprechung. Die Herren fragen an, ob gesetzgeberische Maßregeln zum Schutze des Handwerks beabsichtigt und wie dieselben beschaffen seien. Da sich der Staatssekretär zur sofortigen Antwort bereit erklärt, begründet Abg. Hize die Interpellation. Er beklagt, daß den Ansprüchen der Handwerker (d. h. der Künstler) bisher so wenig entgegenkommen bewiesen sei. Die Versammlungen sowohl des Ausschusses der vereinigten Innungsverbände, als auch des allgemeinen deutschen Handwerkerbundes haben ihre Wünsche ausgesprochen, aber die Regierung habe noch nichts über deren Ausföhrung auf Erfüllung verlauten lassen. Es sei daher leicht begreiflich, daß unter den Handwerkern eine bittere Stimmung herrsche. Staatssekretär v. Bötticher antwortet in sehr zuvorkommender und liebenswürdiger Weise. Er stellt die Errichtung von Handwerkerkammern in Aussicht und verspricht Erledigung einiger anderer Wünsche, wie Beschränkung des Hausirhandels, Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Handwerker, Korporationsrechte für Innungsverbände. Den Befähigungsnachweis jedoch und dem vollständigen Innungsverband (den Hauptforderungen der Innungen) verjage er rundweg seine Zustimmung, nicht ohne zu betonen, daß die Herren bei ihren Beratungen erstere selbst für undurchführbar erklärt hatten.

Die Besprechung, die hierauf folgte, bot nicht viel Interesse; sehr komisch wirkte nur, daß immer der Hauptführer der Künstler den Staatssekretär so sehr mißverstehen konnte, daß er ihm für sein Entgegenkommen freudig dankte, während seine übrigen Gesinnungsgenossen ebenso wie die Gegner der Künstlerbestrebungen, sich bewußt waren, daß sie von der Regierung keine Förderung mehr erhoffen dürften. Die Verteidigung dieser unhaltbaren Forderungen von Seiten der Konservativen und Zentrumsmitglieder wurde von Sozialdemokraten und Freisinnigen bekämpft.

Abg. Grillenberger (Soz.) führte den Beweis, daß die von den Künstlern gerügten Uebelstände im Lehrlingswesen nicht durch die von ihnen vorgeschlagenen Mittel, sondern nur durch die von seiner Partei beantragten Verbesserungen wirksam bekämpft werden können. Zu allgemeiner Heiterkeit führte Redner an, daß einer der Hauptführer der Künstler, Diehl (Zentr.) selbst in seinem eigenen Handwerksbetrieb keineswegs den Forderungen des Befähigungsnachweises entspreche, da er mehrere Handwerke zugleich betreibe und nicht immer mit Erfolg. Das Handwerk könne überhaupt die Großindustrie nicht wirksam bekämpfen und durch Zwangsmassregeln hemme man nur die natürliche Entwicklung zum Schaden für das Ganze. Gegen die Handwerkerkammern habe seine Partei nichts einzuwenden, fordere aber als nothwendige Ergänzung die Errichtung von Arbeiterkammern.

Den 27. Nov. beginnt die Beratung des Etats (der Staatsausgaben), in Verbindung mit dem Anleihegesetz und dem Nachtragset, welcher die Summen enthält, welche in dem gegenwärtigen Jahr, noch außer den im Voranschlag bewilligten, als nothwendig herausgestellt haben.

Reichstagssekretär Freiherr v. Malchahn theilt zuerst mit, daß der Ueberschuß aus dem Jahre 1890-91 nicht, wie bisher angenommen 10, sondern 15 Millionen beträgt. Die Ueberschüsse an die Einzelstaaten haben die Voranschläge sogar um 80 Millionen überstiegen, von welchen jedoch 57 für höhere Matricularbeiträge abgerechnet werden mußten. Das laufende Jahr 1891-92 wird voraussichtlich keinen Ueberschuß, sondern einen Fehlbetrag von 8 Millionen ergeben, wenn nicht der Nachtragset angenommen wird. Die Steigerung der Ausgaben rechtfertigt der Reichstagssekretär zum größten Theil aus den ungewöhnlich hohen Preisen für Naturalien, wodurch die Verpflegung der Armee viel kostspieliger geworden, als im Vorjahr.

Der neue Etat von 1892-93 wird sich, nach der Versicherung des Schatzsekretärs, so sehr einschränken, als die knappen Mittel es verlangen. Die Truppenverpflegung muß jedoch abermals zu bedeutend erhöhten Preisen berechnet werden; die Mehrausgabe beträgt hierfür $7\frac{1}{2}$ Millionen; welche Veränderungen der Voranschlag durch die Handelsverträge erleiden wird, welche im nächsten Jahr zum Abschluß kommen werden, das entzieht sich noch jeder Vermuthung. Hieran schließt sich eine längere Auseinandersetzung über die Schulden des Reichs, die leider sehr groß und in beständiger Zunahme begriffen sind.

Abg. Rickert (freil.) welcher zunächst angesichts der riesigen anwachsenden Schuldenlast Sparsamkeit verlangt, besonders Einschränkung in Marine- und Kolonialausgaben. An die Nachtragsforderung von 8 Millionen knüpft er eine Kritik der Getreidezölle und der Schutzzölle überhaupt. In Hinsicht auf die beunruhigenden Kriegsgerrichte bittet er den Minister ein erlösendes Wort zu sprechen. Auch weist er auf einen Artikel einer freikonservativen Wochenschrift hin, welche den Reichskanzler amtsümdie genannt hat, und will wissen, wie weit diese Nachricht auf Wahrheit beruht.

Diesem Verlangen entspricht der Reichskanzler v. Caprivi gleich, und zwar in einer sehr langen Rede, die als feierlich offizielle Aeußerung der Regierung zu den wichtigsten Fragen von großer Bedeutung ist, sowohl durch das was gesagt, als auch durch das, was verschwiegen wird: die Kornzölle z. B. werden nicht erwähnt.

Reichskanzler v. Caprivi bestreitet zunächst sehr entschieden seine Amtsmüdigkeit. Mit leichtem Spott weist er den Gedanken ab, daß er als eine Art Altersversorgung wieder eine Stellung in der aktiven Armee erhalten solle. Wie sein Vorgänger erklärt er, sein Herr habe ihn berufen und so lange er dessen Vertrauen genieße, werde er bleiben. Er stellt die baldige Einbringung der Handelsverträge in Aussicht, auf deren Zustandekommen er stolz ist. Ueber die Zeitungsschreiber, die Mißtrauen und Beunruhigung sät, zeigt er sich sehr ungehalten. Das Streben nach dem sensationellen verurtheilt er. Auf dem Boden der auswärtigen Politik sei dasselbe besonders verwerflich. Die Zusammen-

stift in
diese be
und Te
und M
Kromp
friedlich
kriegsbl
stigm
Kinn
und ihr
Ab
brafen
essen i
maue
ist ha
kräftig
Ab
wischen
en ste
abstie
ell
stimm
stimm
en Je
volles
schädel
durch
en alt
(W
Das
genem
noch m
2 A
wie sol
dieser
und W
sicht
schen
ne
ma
freed
lagen
hör
nden
aten
bedarf
schädel
Allem
sfort
unter
ar au
statt.
D
zeigt
oben
Regier
solles
abens
bedürf
sich
er La
so ge
Stach
nd.
Märu
verhän
eten
Betrug
Land
die De
allen
daß di
aus d
ankem
eine
wer
kasser
M
Reichs
Wirth
solge
einer
Reim
überz
W
en M
Zaa
alles
saga
haben
we V
stent
A
en, d
habe d
N
en p
be e
D
ember
R
haus
rath
E
wre
und fi
der W
ember
stet ur
sich
dieser
s auch
hagl.
rages
sching
hande
schdr
wer
d
neue
stent

unst in Kronstadt behandelte der Kanzler sehr kühl. Man habe bei Erneuerung des Dreibundes etwas zu viel Pauken und Trompeten ertönen lassen und haben Andere (Frankreich und Rußland) gedacht, sie wollten auch einmal Pauken und Trompeten ertönen lassen. Alle Regierungen seien sehr friedlich gesinnt, keine wolle den Krieg. Aber die völlige Kriegsbereitschaft sei trotzdem nötig und werde noch lange nötig bleiben. Der Redner stellte eine Vermehrung der Armee in Aussicht und schloß mit einem Lob auf dieselbe und ihre hervorragende Tüchtigkeit.

Abg. Buhl (nat. lib.) kam nicht über allgemeine Phrasen hinaus. Er bedauert den Rücktritt Bismarcks, dessen Verdienste er preist. Er verlangt Sparsamkeit und genaue Prüfung der Ausgaben in der Kommission. (Bis hat jedesmal die Partei des Redners nach genauester Prüfung für alle Forderungen der Regierung gestimmt.) Abg. Bebel (Soz.) betont den großen Zwiespalt zwischen den Friedensbetheuerungen von allen Seiten mit den stets wachsenden Kriegsrüstungen. Der Reichskanzler habe sich über die Beunruhigung durch Zeitungsschreiber beklagt und dabei wohl zunächst an den einen großen Zeitungsschreiber in Friedrichstr. (Bismarck) gedacht; aber die pessimistische (schwarzsehende) Auffassung der Zustände in den Zeitungen spiegelt doch nur die gleiche Stimmung des Volkes wieder. Auch die Militärchriftsteller tabeln den Reichskanzler, weil sie das Volk durch neue übertriebene und durchführbare Vorschläge beunruhigen, die sie stets durch den alten Spruch rechtfertigen: Si vis pacem para bellum. (Wenn du den Frieden willst, so rüste dich zum Kriege.) Das aber, als eben dieses, sei das Endergebnis seiner eigenen Rede? Auch er verlangt noch weitere Rüstungen, noch mehr Soldaten. Und doch habe das Reich schon nahe an 2 Milliarden Schulden. Wo solle das Geld herkommen — wie soll es enden? Wie werde man die Verproviantierung seiner Heeresmassen bewältigen, wie die Pflege der Kranken und Verwundeten? — Von sehr maßgebender Seite sei die Ansicht ausgesprochen worden, die Truppen gegen den inneren Feind zu verwenden. Auch die „Hamburger Nachrichten“ führen aus, daß die soziale Frage eine Kriegsgefahr sei, nebst allerlei Verdächtigungen der politischen Gegner, die man von Fürst Bismarck gewohnt sei. Hätte er zur Aufrechterhaltung seiner Meinungen seinen Posten im Hause angenommen, so würde er dieses und noch manches andere zu hören bekommen haben (Heiterkeit). Daß mit der wachsenden Vermehrung der Soldaten auch mehr Sozialdemokraten in das Heer kommen, ist einfach selbstverständlich, es bedarf hierfür keiner Propaganda in dem Heer, die ebenso schädlich wie nutzlos wäre. Aber beunruhigend wirken vor allem Reden, wie deren eine kürzlich vor den Rekruten zu Frankfurt gehalten wurde, (Vizepräsident v. Ballestrin unterbricht den Redner, indem er erklärt, es könne sich dies nur auf eine Rede des Kaisers beziehen und er sei nicht der Mann, dessen Person in die Debatte zu ziehen.)

Durch die fortgesetzten und stets erhöhten Rüstungen steigt die Belastung ins Unerträgliche. Die Schulddelle erheben die ohnehin schon so hohen Lebensmittelpreise und die Regierung weigert sich, den berechtigten Forderungen des Volkes nachzugeben und durch Aufhebung der Zölle auf Lebensmittel billigeres Brot und Fleisch für die arbeitende Bevölkerung zu schaffen. Deshalb nimmt der Konsum von Pferdefleisch so zu. Daß an manchen Orten das Schweinefleisch so billig geworden, erklärt sich nur aus der Nothlage der Bevölkerung. Die jungen Thiere, die sonst aufgefüttert und gemästet werden, verkauft man zu jedem Preis oder schlachtet sie, weil die hohen Futtermittelpreise unerschwinglich sind. Daran trägt die Misere die Schuld, doch ohne die Nahrungsmittelzölle wäre ihre Wirkung eine weit weniger schädliche. Die Folgen des herrschenden Systems werden immer unvorstellbarer zu Tage. Unterschlagung und Betrug bei Zahlungen, oft hochangesehenen Bankfirmen, Skandalprozesse, welche zu allgemeinem Schrecken Dinge an die Öffentlichkeit bringen, welche Jeder kennt und sich gefallen läßt, so lange sie verborgen bleiben — Alles zeigt, daß die alte Gesellschaft in dem Sumpf, auf welchem sie ihr Haus aufgebaut, rettungslos versinken muß. Aber diese verankerte Gesellschaft gebe den Boden ab für einen Neubau — eine andere neue Gesellschaft. Fahren Sie nur so fort — wer erntet, das ist doch nur die Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frege (freikons.) ist befriedigt von der Rede des Reichskanzlers und einverstanden mit der Beibehaltung der Wirtschaftspolitik. Die hohen Getreidepreise seien bloß Folge des Vorkriegsstandes, die Unzufriedenheit im Volke beruhe bloß von den hohen Ansprüchen her. Das einzige Mittel für unsere wirtschaftlichen Schäden ist nach der Überzeugung des Redners: die Silberwährung. (Heiterkeit.) Abg. Payer (Volksp.) bespricht eingehend die herrschenden Mißstände, tadelt die Höhe der Rüstungen, welche die Staaten des Dreibundes bald nicht mehr bestreiten können. Alles Ueberflüssige, wie kostspielige Bauten oder die meisten Ausgaben für die Marine und Anderes muß aus den Ausgaben herausgestrichen werden. Redner verlangt als positive Leistungen: Aufhebung der Kornzölle und zweijährige Dienstzeit.

Abg. v. d. Decken (Welse) beklagt sich über Verfolgungen, denen seine Partei ausgesetzt sei, und verlangt Herausgabe des Welfenfonds an die lgl. Familie von Hannover. Reichskanzler v. Caprivi verweist diese Klagen vor den preussischen Landtag, als Reichskanzler in Deutschland habe er damit nichts zu schaffen. Die Fortsetzung der Debatte findet Montag, d. 30. November, statt.

Ordnungssinn, nicht Ordnungsmanie!

Nachstehendes entnahmen wir einem Artikel der „Deutschen Hausfrauen-Zeitung“, der viel Wahres und Beherzigenswerthes enthält. Es giebt viele Frauen, denen man Tüchtigkeit nicht abprechen kann, die aber dennoch nicht verstehen, es ihrer Familie selbst wirklich wohl und anheimelnd zu machen in den eigenen Wänden. — Nie läßt sich ein loses oder gar abgeriffenes Kissenknöpfchen entdecken; prompt sind die Kleider gebügelt, und Stuhl und Tisch am rechten Platz; das Mittagessen läßt nie länger als fünf Minuten warten, ist zur rechten Zeit bereit; kurz, Alles ist in bester Ordnung. Und dennoch — wie barbarisch und schrecklich auch Klingen mag — fühlt sich der Mann zu Hause nicht wohl. Die Hausfrau beklagt sich, daß der Gatte, statt nach der Hausarbeit zu Hause zu bleiben, den Abend außer demselben herumzugeschweife; sie, die doch auch von früh bis spät arbeitet, keine Minute müßig verbringt, die von der festsicheren Ueberzeugung durchdrungen ist, das Muster einer Hausfrau zu sein, wird, nach dem Anblick, dafür mit schwarzem Unkraut belohnt. Hat sie denn keine Arbeit? Wie kommt es, daß, ob auch die Hausfrau mit Putzen, Waschen und Kochen sich abmüht und abjagt, dennoch der Mann seine freie Zeit lieber außer dem Hause zubringt? Nehmen

wir uns die Mühe, einen tieferen Blick in die Häuslichkeit zu werfen!

Der Eheherr kehrt unter den erlehnten Klängen der Feierabendglocke heim; schon auf der Treppe ruft ihm die Hausfrau entgegen: „Hast Du auch die Stiefel drunten hübsch gereinigt? Heute erst wurde jene geschuert und ich möchte nicht, daß sie schon morgen wieder aussehen würden, als ob sie seit drei oder vier Wochen keine Bürste und kein Wasser mehr geschaut!“ — Das Abendessen ist vorbei. Der Mann möchte gerne eine Zigarre rauchen. Die Ehegattin merkt die Absicht und wird — verstimmt. Zu neuen Vorwürfen löst sich ihre Zunge: „Lieber Mann, könntest Du Dir nicht angewöhnen, Deine Zigarren, wenn denn absolut geraucht sein muß, draußen zu „genießen“? Reinetwegen, wenn Du in's Geschäft gehst, oder auf dem Heimweg? Du weißt doch, daß die Gardinen den Zigarrenrauch nicht ertragen, und abgesehen davon, wird die Asche überall herum verstreut, auf den Möbeln und auf dem Fußboden.“ Die so gern gerauchte Zigarre wird weggelegt. — In seinen ledigen Jahren war ihm das Holzschneiden eine Lieblingsbeschäftigung. Wie manchen Winterabend saß er im kleinen Stübchen bei seinem jetzt schon längst verstorbenen Mütterlein! Noch jetzt sieht er sie im Geiste vor sich sitzen, das Strickzeug in der Hand, hin und wieder mit ihm plaudernd, dann wieder freundlich ihm zunicke, seine Arbeit betrachtend und mit ihrem Lob sie fördernd. Wie wohl und zufrieden fühlte er sich in solchen Stunden und wie schön dachte er sich's erst, wenn er einst ein liebes Weib an seiner Seite sitzend habe! Wie herrlich müßten dann sich die langen Winterabende gestalten! — Diese Erinnerungen weckten in ihm heute neue Lust für seine fast in Vergessenheit gesunkene Abendbeschäftigung; er möchte seine Kunst wieder einmal probieren, hat er doch mit ihren Resultaten früher seiner Braut manche Freude bereitet und oft an Namens- und Geburtstagen sie mit Arbeiten überhäuft. Schon ist er im Begriff, sich so recht nach Herzenslust daran zu machen, als seine Ehegattin ihm verwunderte und verwundende Blicke zuwirft, welche die stumme Frage stellen, was denn diese Auspadererei von Messern, Holz, Zirkel, Bleistift und Vorlagen zu bedeuten habe. „Aber, lieber Mann, was soll denn das heißen?“ „Das wirst Du bald sehen, mein Schatz. Jetzt wird wieder einmal geschnitten; denn daß ich kein gelehrtes Haus bin und mich immer nur mit Bücherlesen und Gott weiß, was für Kramstricks beschäftigen kann, weißt Du ja wohl so gut wie ich und drum — mache Jeder, was er kann — lang' ich gleich zu schnitzen an.“ „So so?“ kam es gehetzt von den Lippen seiner Frau. „Also schnitzen? Weißt Du, an und für sich finde ich das Schnitzen ja ganz recht, aber ich dachte —“ „Nun, und was ist denn dabei zu bedenken?“ „Zu bedenken giebt es für unetere eben dabei gar viel, aber natürlich, ihr Männer, ihr habt keinen Begriff davon, wie sauer man sich's werden läßt, bis die Stube recht rein und sauber aussieht. Ja, ja, eine Unordnung ist schnell gemacht; aber was das Aufräumen und Ordnen für Zeit braucht, davon habt ihr leider keine blasse Ahnung. Jetzt willst Du schnitzen? Hier in dieser Stube schnitzen? Nein, lieber Mann, das wirst Du denn doch nicht thun wollen? Bedenke doch die vielen Holzschneideln, welche bei der Arbeit auf den Boden fallen! Barte Du lieber bis zum Sommer; da kannst Du dann im Garten arbeiten; aber in der Stube — nein, mein Lieber, das ist denn doch zu viel verlangt.“ „An dies Alles habe ich allerdings nicht gedacht. Weißt Du was, Schatz, ich hole mir Hut und Stod und geh' für heute Abend in's Wirthshaus, dort kommt's auf ein Bißchen Zigarrenrauche mehr oder weniger nicht an; sogar gegen Holzschneideln wäre der Boden nicht so empfindlich, wie der Deine. Leb' wohl, mein Schatz!“ Und fort geht er.

Die gute Frau war zwar etwas verblüfft ob des raschen Entschlusses ihres Gatten, ja sie fühlte sich bitter gekränkt, daß der Mann so rücksichtslos sein konnte. Was hatte sie denn gethan? Was giebt es denn Schöneres in der Haushaltung, als eine musterhafte Ordnung? War sie nicht im ganzen Bekanntenkreis als ein Muster einer Hausfrau bekannt? Hatte man es ihr nicht selbst schon gesagt? Nur Derjenige, welcher es am ehesten anerkennen sollte, wollte es nicht wahrhaben; das war zu viel für sie, und die unglückliche Frau brach in bittere Thränen aus.

Brotfrage.

Seit nun das in Aussicht gestellte indische und russische Getreide ausgeblieben ist, wird die Frage in den Kreisen der „Satten“ ventilirt, was nun, wenn unsere Brodfurcht zu Ende geht, lange vor der neuen Ernte. Und bei solchen Gelegenheiten zeigt sich ja meist eine Erfindungssucht, die zu bewundern wäre, wenn es nur dabei nicht immer wieder hauptsächlich auf's „Verdienen“ und zwar im Großen hinausläufe. So ist ein Amerikaner auf die schlaue Idee gekommen, den in Amerika sehr billigen Mais, der bisher hauptsächlich als Schweine- und Gänsefutter verbraucht wurde, in Deutschland als Brodfrucht einzuführen. Es war damit möglich, den Hungernden mit billigem Material den Magen zu stopfen und — ein brillantes Geschäft war in Aussicht von dem Einige wieder Willkürchen davon tragen könnten.

Und die deutschen Kurpfuscher des kranken Gesellschaftskörpers, die sich bereit hatten finden lassen, dem Volke Fleisch und Brot zur theuren Delikatesse zu machen, zu Gunsten der armen Reichen, sie sind auch jetzt bereit, dem amerikanischen Unternehmen entgegen zu kommen und das Volk mit einem neuen Fütterungsmittel zu beglücken. Mühte bisher die an Nährwerth sehr niedrig stehende Kartoffel den beschloßen Klassen so manches werthvolle aber unerreichbare Nahrungsmittel ersetzen, so war doch im Brod noch nahrhaft; doch ein Maisbrod würde nicht viel mehr haben als die Kartoffel.

Doch hören wir, was die Zeitungen darüber sagen: Maisbrod. Nach Mittheilungen Berliner Blätter hat das landwirtschaftliche Departement der Regierung in Washington einen Herrn Charles J. Murphy nach Berlin gesandt, um dem Mais als Ersatz für andere Brodstoffe Eingang zu verschaffen. Herr Murphy hat in einer Bäckerei in der Schützenstraße ein Brot aus einem Pfund Roggenmehl und einem Pfund Maismehl herstellen lassen, welches durch Absorbirung von Wasser ein Gewicht von 4 1/2 Pfund hat und sich unter Zugrundelegung der jetzigen Roggen- und Maismehlpreise auf 20 Pf. im Preise stellt. Herr Murphy wurde von dem landwirtschaftlichen Minister empfangen. Auch will die Proviandabtheilung des Kriegsministeriums aus amerikanischem Maismehl eigene Prüfungen mit der Herstellung von Maisbrod anstellen. Recht nett. Da sind wir also auf dem besten Wege, zur Polenta und Mamalika, im Wasser gekochten Maismehl, zu gelangen. In Italien und Rumänien lebt ein großer Theil jahraus jahrein von diesem geschmacklosen Mais- oder Kukuruzbrei. Aber in eben diesen Gegenden ist auch die schreckliche Belagerrankheit verbreitet, von der viele Ärzte behaupten, sie habe ihren Grund in dieser Ernährungsweise. Es wäre gewiß eine feine Sache, wenn der Name eines unserer Staatsmänner mit der Einführung einer neuen Krankheit nach Deutschland für ewig verbunden wäre. Und alle diese Experimente, warum? Damit eine Handvoll Groß-

grundbesitzer in Sauß und Brauß und Gloria nach ihrer väter Weise weiter leben kann.

Ueber das Murphysche Maismehl schreibt ein Fachmann aus Ludwigshafen der „Vollstribüne“: Amerikanischer Humbug! Unwillkürlich kam mir dieses Wort in den Sinn, als ich in der vorigen Nummer den Artikel über das gute und billige Maismehl nach dem Recept des Amerikaners Murphy las. Als Humbug ist es zu bezeichnen, wenn genannter Herr behauptet, aus 2 Pfd. Mehl 4 1/2 Pfd. Brod herstellen zu können. Wenn dies wirklich möglich wäre, dann wäre es mit unsern Brodpreisen noch nicht schlimm, da sich dieselben dann um ein Drittel billiger stellen müßten. Wir deutschen Bäcker haben nämlich zur Herstellung von 4 Pfd. Roggen- oder Weißbrod 3 Pfd. Mehl nötig, währenddem Maismehl, das keinen Kleber hat und infolgedessen weniger Wasser annimmt, auch weniger Brod ausgeben muß. Auch mit dem Preis von 20 Pf. wird es nicht ganz stimmen, da 1 Pfd. Roggenmehl und 1 Pfd. Maismehl ohne die Brodherstellungskosten gerechnet, sich höher stellen als 20 Pfg., wenigstens nach hiesigen Preisen.

Was den Geschmack des mit Maismehl vermischten Brotes anlangt, so ist derselbe sehr zweifelhafter Natur und auch nicht annähernd mit dem eines guten Stück Roggen- oder Weizenbrodes zu vergleichen. Möglichlich, daß es von den großen Herren, die eben an der Nothstandskalamität herumdoftern, und die es ja im Nothfall mit Butter und Schinken belegen können, gut geheißert wird, etwas Anderes ist es aber mit dem Arbeiter, der es oft zu einer dünnen Tasse Kaffee genießt, wie es ja in vielen Gegenden Deutschlands Gebrauch.

Ich habe vor ungefähr Jahresfrist im Auftrage einer hiesigen Fabrik, die ebenfalls die löbliche Absicht hatte, ein billiges Arbeiterbrod herzustellen, verschiedene Versuche mit Mais- und Roggenmehl gemacht, und zwar anfänglich 1/2 Roggen und 1/2 Mais, und nachdem dies herzlich schlecht ausgefallen war, 1/4 Roggen und 3/4 Mais. Trotz dieser kleinen Beimischung fand das Brod in hiesigen Arbeiterkreisen keinen Anklang, indem sich jeder sagte, lieber will ich für ein gutes Brod 4 oder 6 Pf. mehr bezahlen.

Bei diesen Versuchen habe ich gefunden, daß das kurze, sandartige Maismehl eher zu allem andern als zur Brodbäckerei geeignet ist, und glaube ich, daß derjenige, der ein gutes Brod davon herstellen will, schon ein Hegenmeister à la Murphy sein muß.

Diese Proben genügen wohl den Arbeiterfrauen zum Beweis, daß man die ohnedies niedrigstehende Ernährung des deutschen Arbeiters noch weiter herunter drücken möchte auf die Stufe der italienischen Arbeiter, welche in Bezug auf Ernährung den chinesischen Kulis am nächsten sind. Es wäre dann ein so körperlich heruntergebrachtes Volk auch geistig kaum noch fähig, sich zu rühren; je schlechter die Lebenshaltung, desto mehr wird das Denken erlitten und so wäre auch die Gefahr in die Ferne gerückt, daß das Volk sich selbst hilft gegen Bedrückung aller Art.

Zur Frauenfrage.

England. Die Anstellung von Frauen zur Bedienung der Schreibmaschine im Kriegsministerium hat sich so gut bewährt, daß daselbst bereits zwei Kopsistinnen-Abtheilungen unter Leitung einer „Lady superintendent“ errichtet worden.

Wiß Urania Latham, die hinterlassene Tochter eines Pfarrers, hat in diesem Jahre den ersten der von der Londoner medizinischen Schule für Frauen ausgelegten Preise gewonnen und das „Fanny-Butler-Stipendium“ — 28 Pst. auf vier Jahre — ist einer Deutschen, Fräulein Baleska von Gimpe, der Tochter des verstorbenen Obersten von Gimpe aus Leipzig, zuerkannt worden. Die siegreiche Bewerberin muß sich verpflichten, ihre Dienste als Arzt eine Zeit lang der Senana-Mission der englischen Kirche in Indien zu widmen.

Portugal. Nach einer zweijährigen Thätigkeit als Assistentin im Hospitale St. Joseph ist Fräulein Amelia Carbia von der medizinischen Hochschule in Lissabon in feierlicher Weise zum Doktor promovirt worden.

Rußland. Frau Zwanschny hat in Petersburg eine Handelsschule für Frauen mit zweijährigem Kursus eröffnet, den Schülerinnen der staatlichen Gymnasien ist der Besuch dieser Anstalt unentgeltlich gestattet.

In Riga sind medizinische Lehrkurse für Frauen eingerichtet worden.

Deutschland. Der Dozentin der Mathematik, Miß Gentry aus Nordamerika ist es gestattet worden, den Vorlesungen einiger Professoren der Mathematik an der Berliner Universität als Hospitantin beizuwohnen. Man darf gespannt sein, ob vorkommenden Falls den Töchtern Deutschlands mit gleichem Maße gemessen wird, wie der Ausländerin. Das Recht, an der Universität Examina zu machen, ist allerdings mit dieser Zulassung nicht verbunden.

Berlin. Frau Lina Morgenstern ist zum Mitglied der beratenden Behörde der Abtheilung für Frauenarbeiten auf der Weltausstellung in Chicago gewählt worden.

Das Mädchenschulwesen auf dem Lande soll nach dem Organ Bismarcks die Schuld an dem Jubelthum tragen. Die hohe Bildung, welche die Mädchen in der Dorfschule erhalten, steigere ihr Selbstgefühl; sie fänden ländliche Arbeit in Wind und Wetter oder im Viehstall nicht mehr ihrer würdig, die Aussicht auf eine Nähmaschine und die Freuden des Tangel-Tanzes lockten sie nach der großen Stadt. Ihr Verdienst an der Nähmaschine entspräche nicht ihren durch Vergnügungssucht gesteigerten Ansprüchen, sie verfielen der Prostitution und demnach dem Zuhälter.

Selten ist wohl ein größerer Unfuss zu Tage gefördert worden. Denn jedem Einsichtigen ist wohl klar, daß viele von den zu Grunde gehenden Mädchen, eben zu wenig gelernt haben, daß Schule und Erziehung nicht hinreichend waren und sind, um alleinlebenden Mädchen auskömmliches Brod zu sichern. Was wird denn z. B. heute von einem Hausmädchen alles verlangt? Sie soll schneiden, fristen, bügeln können. Wer soll sie das lehren, wenn die Eltern zu arm waren, um Lehrgeld zu zahlen? Und was erhält ein so vorgebildetes Mädchen an Lohn? 180 Mark im höchsten Fall, davon soll sie womöglich noch eine arme alte Mutter erhalten!

Also nicht zu viel, sondern zu wenig lehren die Schulen die Mädchen. Und ihre Fähigkeiten werden von den Besitzenden für ein elendes Entgelt gründlich ausgebeutet. Wenn sie also bei so hohen Anforderungen von Seiten der Herrschaften — ein Mädchen für Alles soll z. B. fertig kochen können — es vorziehen, Fabrikarbeit in der Stadt zu suchen, wozu ihre geringen Kenntnisse ausreichen, so sind die „Herrschaften“ mit ihren hohen Anforderungen und demgegenüber schlechten Löhnen schuld, wenn die Mädchen sich vor dem Dienstbotenstand scheuen. Und wir haben gerade in voriger Nummer der „Arbeiterin“ darauf verwiesen, wie Prostituirte gemacht werden von den Herren und ihren Söhnen, welche die Welt stets nur durch die eigene Brille des Egoismus und der falschen Sittlichkeit ansehen.

Bemerkungsschaffliches.

Dem „Correspondent“ entnehmen wir sehr wichtige und interessante Vorschläge: Die Gewerkschaften haben ihren Mitgliedern Rechtsschutz zu gewähren. Derselbe muß über die eigentliche Prozeßführung hinaus, namentlich auf die Auskunftszertheilung und die Vertretung vor den Genossenschaftsvorständen erstreckt werden, durch welche in vielen Fällen das Schiedsgerichtsverfahren überflüssig gemacht werden kann. Dazu müssen seitens der Gewerkschaften besondere Institutionen eingerichtet werden, sei es, daß man gemeinsame Sekretariate mit besoldeten Leitern errichtet, die vielleicht (nicht nothwendiger Weise) den Arbeitsnachweis, die Wanderunterstützung u. mit besorgen könnten; sei es, daß man einen juristisch gebildeten oder sonst genügend kundigen Mann anstellt, der die sämtlichen Hülfsgehenden zu instruiren und deren Beschwerden zu fertigen hätte. Da gewerkschaftliche Vereine den Rechtsschutz nur ihren Mitgliedern zu Theil werden lassen, so wären selbstverständlich alle diejenigen, die mit einem Besuch in Unfall- oder anderen Versicherungsfragen an das Auskunfts-Bureau kommen, zunächst über die Zugehörigkeit zu einer Organisation zu ermitteln, und würde Jeder, der einer solchen nicht angehört, zu veranlassen sein, zuerst seiner Gewerkschaft beizutreten, ehe ihm irgend welche Hülfe geleistet wird. Daß dadurch eine große Anzahl jetzt noch indifferenten Leute den Organisationen zugeführt werden würde, bedarf wohl keiner ausführlichen Beweisführung. Wir verkennen keineswegs, daß die hier angeregte Sache mit mancherlei Schwierigkeiten verknüpft ist, aber sie ist sehr wohl durchführbar, und sie ist außerdem eine äußerst dringende Frage. Ueber das „Wie“ ließe sich wohl unschwer eine Einigung erzielen. Alle in der Gewerkschaftsbewegung praktisch thätigen Genossen werden gewiß zugeben, daß die Organisationen auf diesem Gebiete eine sehr fruchtbringende Thätigkeit entwickeln könnten, und daß dieselbe nützlich wäre, als diverse andere Dinge, mit denen manche Gewerkschaften sich gegenwärtig höchst überflüssiger Weise befassen.

Allerlei aus aller Welt.

Findelhäuser. Dem bürgerlichen Moralphilister gehen die schönsten Hoffnungen auf. Berlin, von den Stöcker und Genossen als ein Sündenpflanz, als ein modernes Sodom und Gomorha dargestellt, wird nun bald entzündet und in ein klassisches Arabien voll paradiesischer Unschuld verwandelt sein. Denn nicht nur soll die Prostitution „aufgehoben“, es sollen auch Findelhäuser errichtet werden, wo die unglücklichen „Kinder der Liebe“ in einer „Drachlade“ nach mittelalterlichem Ritus oder in einer modernen „Versenkung“ verschwinden können.

Die Findelhäuser haben die Sympathie der „oberen Zehntausend“ für sich. Sogar die sitzsame Tante Boff hat sich entschlossen, sich dafür auszusprechen, und zwar mit dem Hinweis, daß dann die „Engelmacherei“ und die Kindesmorderei verschwinden würden. Das mag sein und wir wollen uns auch nicht wundern, wenn der Philosoph Jean Jacques Rousseau herangezogen wird, um einen etwaigen Widerwillen gegen das immerhin bürgerliche Institut der Findelhäuser zu beschwichtigen, denn auch dem hartgejotteten Bourgeois kommt die Sache etwas unheimlich vor und die Gründe für dieselbe erscheinen mehrfach kramphast an den Haaren herbeigezogen.

Es ist wahr, daß Jean Jacques Rousseau seine Kinder in das Findelhaus brachte, weil ihm seine traurige materielle Lage keine Hoffnung gab, sie zu brauchbaren Menschen nach seinen Begriffen erziehen und ihnen eine angemessene Lebensstellung bieten zu können. Welchen Kampf mag dies einem Manne gekostet haben, dessen Gemüth, wie seine Schriften hundertfach beweisen, der zartesten Empfindungen fähig war. Daß ein Rousseau sich solche Gewalt anthon mußte, bildet eine der schwersten Anklagen gegen die Gesellschaft des 18. Jahrhunderts, die sich an seinen Gedanken entzündete und berauschte, ihn aber darben ließ.

Der moderne Proletarier ist für die Gesellschaft wichtiger als Jean Jacques Rousseau; die Arbeit seiner Klasse schafft der bürgerlichen Gesellschaft ihre Pracht, ihren Reichtum und das ganze Wohlbehagen für die herrschenden Klassen. Aber wie der moderne Proletarier selbst bis jetzt vergebens um Gleichberechtigung gerungen hat, so sollen seine „Kinder der Liebe“ oder auch die „legitimen“, je nach Umständen, zum Findelhause verbannt sein; je sollen Vater und Mutter nicht kennen und nur eine „Nummer“ darstellen in derselben bürgerlichen Gesellschaft, die sich so heftig gegen den Sozialismus sträubt, weil derselbe angeblich „Ehe und Familie“ zerstören will. Die Findelhäuser sind in der That ein Schutzwall für die bürgerliche Moral, würdig, vom „lachenden Philosophen“ behandelt zu werden.

Es ist für uns sonach eine untergeordnete Frage, ob die Findelhäuser eine „moralische“ Situation schaffen werden, die der gegenwärtigen vorzuziehen ist oder nicht. Wir wollen gar nicht bestreiten, daß einzelne Borthelle damit verbunden sind. Aber zur Linderung des allgemeinen Elends und zur Hebung der allgemeinen Moralität werden die Findelhäuser so wenig beitragen können, wie etwa die „Rasernung“ der Prostitution, und die Regierung wird bei Zeiten darüber befehrt werden, daß sie mit diesen aus dem Mittelalter stammenden Maßregeln die Eiterbeulen am Gesellschaftskörper nicht beseitigen kann. Das Bezeichnende der ganzen Sache liegt für uns eben darin, daß die bürgerliche Gesellschaft keine anderen Mittel weiß und keine anderen Mittel hat. Dem Kern der ganzen Frage, der doch Jedermann sichtbar daliegt, geht sie ängstlich aus dem Wege, und will ein neues Almosen auswerfen, um hinter den vier Wänden der Findelhäuser kümmerlich die Schäden zu verhüllen, welche die kapitalistische Ausbeutung und die Massenarmuth in ihrem Gefolge haben.

Das Mittelalter hatte bei den Findelhäusern noch einen besonderen Zweck; die Bevölkerung war dünner und die Menschenleben darum in mancher Beziehung werthvoller denn heute, wo die „industrielle Reservearmee“ auf der Straße liegt. Darum hatte das Findelhaus damals einen mehr humanen Anstrich. Der Bourgeois von heute sieht solche Anstalten schon darum nicht gar so ungerne, weil sie ein massenhaftes Material von Arbeitskräften heranzubilden, die so erzogen werden, daß ihnen die „Begehrlichkeit“ fernbleibt. Sie verstärken dann das große Arbeitsangebot und verschärfen die Konkurrenz der Arbeiter unter einander. Insofern können, gleich den Arbeiterkolonien, diese Findelhäuser auch einmal sehr brauchbar für den modernen Kapitalismus werden und können vielleicht in Zukunft ein „Material“ liefern, das die chinesische Konkurrenz aushält. Denn bei den Arbeiterkolonien zahlten fromme und mittellose Seelen, bei den Findelhäusern der Staat den Zuschuß, der die aus jenen Anstalten zu geminnenden Arbeitskräfte so billig macht.

Wir sehen diesen verzweifelten Experimenten ohne Gemüthsbeugung zu, denn in Wirklichkeit sind sie nur dem Sozialismus nützlich, indem sie die Unhaltbarkeit und Unzulänglichkeit veralteter bürgerlicher Einrichtungen von Neuem beweisen.

(Vorwärts.)

Die Zeitungen melden, daß bezüglich der Vorbereitungsarbeiten für das Inkrafttreten der neuen Gewerbeordnungsbestimmungen die Zentralstellen in Berlin „bei den Unternehmern angefragt haben, welche Ausnahmen vom Verbot der Nachtarbeit weiblicher Beschäftigter wünschten.“ Ob man dieser Anfrage eine gleiche an die Arbeiterinnen folgen lassen wird, stellen wir vorläufig in Frage und warten es ab. Hauptsächlich handelt es sich hier um die Arbeiterinnen, welche bei der Zuckerrübenindustrie und im schlesischen Bergbau beschäftigt sind. Früher hatte man an Regierungsstelle Jurditz vor Bestürzungen mit Ansuchen der Unternehmer um Ausnahmeverwilligungen — jetzt fragt man die Herren, welche Ausnahmen sie wünschen! Sehr zartfühlend! Das rügt selbst die Sonnemannsche „Frankfurter Zig.“, welche ihren Lesern gegenüber ebenso handelt, wie sie es den Zucker- und Kohlenbaronen zum Vorwurf macht! Sie schreibt:

Wie wär's? Hättet Ihr nicht Lust, die Ausbeutung der Frauen während der Nacht noch ein Stückchen weiter zu treiben, statt sie Euch im Jahre 1892 durch unser „Reformgesetz“ grausam abschneiden zu lassen? Es müßte wunderbar zugehen, wenn die fragten Unternehmer auf diese freundliche Frage nicht mit Antworten und Eingaben aufwarteten, welche ihren sicheren Ruin für den Fall voraussetzen, daß die Beibehaltung der weiblichen Nachtarbeit nicht im weitesten Umfange gestattet werde! Wo ist je eine solche „Ausführung“ eines Arbeiterschutzreformgesetzes erlebt worden? Und wenn die Behörden ihre auf die Herbeiführung möglicher Ausnahmen gerichteten Anfragen wenigstens noch gleichmäßig und gerecht nach allen beteiligten Seiten ergehen ließen! Da besagt z. B. der § 139 a, mit dessen Ziffer 2 den Unternehmern der Mund wässrig gemacht wird, in Ziffer 1, daß für gewisse Fabrikationszweige, welche besonders schädlich auf die Arbeiter wirken, die Kinder- und Frauenarbeit gänzlich untersagt werden kann. Hat die Regierung wenigstens auch an die Ausführung dieser Bestimmung gedacht und bei Sanitätsbehörden, Krankenkassen, Gewerbeinspektoren und Arbeitern nach solchen besonders schädlichen Beschäftigungen gefragt, um hier allerdings keine Unternehmer, aber doch Frauen und Kinder zu schützen? Wir haben noch kein Sterbenswörtlein davon gehört. Die Vorbereitungsarbeiten scheinen vorläufig hauptsächlich zu Gunsten der Unternehmer vor sich zu gehen.

Weiter jammert sie recht herzbrechend und mit Recht:

In welchen Jammer weiblicher Arbeit läßt diese unersittorene Bitte einen Blick thun! Zu welchen unweiblichen harten Berichtigungen wird in den ober-schlesischen Gruben und Hütten das Arbeitsweib herangezogen! Sie schafft erste für einen „Durchschnittslohn“ von 80 Pfennigen das Schwerk, wie ein amtlicher Bericht unter sorgfältiger Vermeidung näherer Angaben über die wirklichen, auch die niedrigeren Lohnsätze angiebt, und das erklärt alles! Und um welche Armeekorps werdender oder festiger „Mütter des Volkes“ handelt es sich dabei! Beim Steinkohlenbergbau allein um beinahe 4700, die vor fünf Jahren erst 3700 waren, sich also in der kurzen Zeit schon um mehr als 25 Proz. vermehrt! Um erbärmliche Jahreslöhne, die um 20 Mark herumschwanken, leisten diese Frauen in den Großbetrieben harte, unnatürliche Dienste. In den ober-schlesischen Eisenerzgruben schaffen rund 1750 Arbeiterinnen, in den Zink- und Bleierzgruben nicht weniger als 3005, in der Roß- und Einderfabrikation, wo sich ihre Verwendung seit 1885 geradezu verdoppelt hat, beinahe 4000, also in ober-schlesischen Montanindustrie insgesamt ein Heer von etwa 14.000 Arbeitermädchen und -Frauen, wohl die Hälfte von ihnen abwechselnd Tag und Nacht beschäftigt, eine einzigartige grauenerregende Erscheinung, die späteren Jahrhunderten unjünglicher begreiflich erscheinen wird, als sie nur in Oberschlesien, in keinem anderen Montanreviere Deutschlands auftritt, dort mit einer besonderen Rohheit und Unbildung des Volkes zusammenschlägt und jetzt noch künstlich durch besondere Ausnahmemaßregeln erhalten werden soll, als ob die reichen Herren in Oberschlesien kein Geld hätten, um männliche Arbeiter einzustellen, und als ob die maschinelle Entwicklung nicht auch im Bergbau die Verwendung der Frauenarme desto eher weit machen würde, je schneller man die letzteren beseitigt. Angesichts solcher Zustände, die, wenn auch nicht so unerhört, auch in anderen Gegenden Deutschlands aufzufinden wären, erscheint das Vorgehen der Behörde bei der praktischen Durchführung der Arbeiterschutzreform erst im rechten Lichte und giebt denjenigen Recht, welche der offiziellen Sozialpolitik von vornherein das Motto vorgelegt haben! „Wach! mir den Pelz aber mach! ihn nicht nach.“

Für uns ist es zwar gleich schlimm, ob männliche oder weibliche Arbeiter ausgebeutet werden, denn Jeder muß diejenige Arbeit ergreifen, zu der seine geistigen oder körperlichen Fähigkeiten ausreichen. Es ist Alles nur der Beweis, wie verkommen die Bevölkerung im ober-schlesischen Revier der Kohlenbarone bereits ist. Hier können keine gesetzlichen Verbote der Arbeit helfen, sondern nur eine geregelte Arbeitszeit und geistige Aufklärung. So lange noch bei Gesetzbestimmungen die Rücksicht auf die Ausbeuter waltet, und diese gefragt werden, wie viel sie wohl von ihrem Profit aufgeben möchten, so lange giebt es keinen Arbeiterschutz. Darum ist es aber unbedingt nothwendig, daß daran gegangen wird, in die Geistesnacht in Oberschlesien das Licht der Aufklärung zu tragen und für die Organisation der Bergarbeiterinnen zu sorgen. Das ist vor allem Sache des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes.

Der sächsische Landtag. Die Etatsberathung im sächsischen Landtage ergab ein vortheilhaftes Resultat für — die Sozialdemokratie. Die Ausführungen der sozialdemokratischen Redner Liebknecht und Geper fanden die gespannteste Aufmerksamkeit der Kammer. Provocirt durch den Abgeordneten v. Dehlingen, der da meinte, die aus Anlaß der Vermählung des Prinzen Friedrich August im Etat ausgeworfene Dotation werde wohl in der Kammer keinen Widerspruch finden, erklärte Liebknecht im Namen der sozialdemokratischen Fraktion, daß diese dagegen stimmen werde.

Besonders peinlich war es aber für die ministertreuen Konservativen, als Liebknecht ihnen vorrechnete, daß die Erhöhung der Beamtengehälter auch den Ministern, deren Gehalt 21000 Mk. beträgt, eine Erhöhung auf 30000 Mk., also 9000 Mk. mehr bringen sollte und diese Erhöhung über 42 Prozent beträgt. Als weiter Liebknecht forderte, man solle nur die Gehälter bis zur Höhe von 36000 Mk. mit einer Zulage bedenken, da machten die Minister keine freundlichen Gesichter.

Und gleichwie die Minister, die bei ihrem jetzigen Gehalt nichts von einer durch außerordentlich gesteigerte Lebensmittelpreise erzeugten Nothlage verspüren, so benötigen auch die Geistlichen keiner Gehaltserhöhung. Es ist wahrhaftig erstaunlich, nachdem erst in der letzten Landtagssession den Geistlichen durch den Erlaß der Pensionsbeiträge eine Summe von über 109000 Mk. jährlich aus Staatsmitteln zugesprochen worden ist, daß jetzt diese um ihre sorglose Lage in dieser Zeit der Noth Beneidenswerthen abermals mit fetten Gehaltserhöhungen und außerdem mit Pensionserhöhungen bedacht werden sollen. Und auch hier sollen die höheren Geistlichen, Superintendenten u. die höchsten Zulagen erhalten.

Es wird jedenfalls den Beifall des weitaus größten Theils der gesammten Wählerschaft finden, wenn die sozialdemokratische Landtagsfraktion gegen eine derartige, in Zeiten der Noth verantwortliche Besenkung gutgestellter, reichlich bezahlter Beamten stimmen wird. Nur der kleine und mittlere Beamte verspürt die Noth, welche durch die hohen Lebensmittelpreise

erhöht wird. An dieser Steigerung der Lebensmittelpreise trägt aber, wie Liebknecht ganz richtig bemerkte, die Regierung schuld. Sie ist eine Stütze der Bismarckschen Sozialpolitik, die den Armen das Leben erschwert, den besitzenden Klassen aber neue Borkneißel zur Verschönerung des Daseins bietet. Und die Minister dieser Regierung stellen dem Landtag vor, er möchte ihnen selbst bei den beabsichtigten Gehaltserhöhungen den größten Antheil bewilligen!

Haben die diesjährigen Landtagswahlen in Sachsen die doppelte Stimmenzahl ergeben für die Sozialdemokratie, so scheint das für die Regierung ein Vene-Telut gewesen zu sein. Wir wollen doch gegenüber den geforderten Summen für einen Haushalt einmal den Verdienst der „begehrlichen“ Arbeiter, unter denen bekanntlich kein Rothstand herrscht, geben:

Das „Leipziger Tageblatt“ läßt sich aus dem Herzogthum Gotha über die traurige Lage der dortigen Weber berichten und schildert dieselbe mit folgenden beredsamen Worten:

Diese armen Leute, welche zumeist Köbelgurte, Sattels, Decken, Feuerwehre, Halfter, Jalousigurte herstellen, verdienen bei einer täglichen 14—15 stündigen Arbeitszeit die wahrhaft läghliche Summe von 5—7 Mk. in der Woche. Und um diesen mehr als bescheidenen Betrag zu erzielen, müssen noch die Kinder oder die Frau das Spulen besorgen; man kann sich leicht erklären, daß bei einem so läghlichen Verdienste und unter den heutigen Verhältnissen das Leben einer solchen Weberfamilie ein im höchsten Grade trauriges und bellagenswerthes zu nennen ist. . . . Die Leute sind arbeitsam und zuverlässig und verdienen im höchsten Grade, daß die öffentliche Theilnahme sich ihrer traurigen Lebenslage zuwendet.

Dies alles trifft in sogar verstärktem Maße auf die sächsischen Weber im Erzgebirge und in der Lausitz zu. Aber diese Noth im Lande wird vom „Tageblatt“ gelehnet.

Erfreulicher Weise kommen nun von überall die Antworten der Arbeiter auf die Verneinungen des Rothstandes.

Zuerst war es Berlin, wo bei der Wahl der Stadtverordneten ungeahnte Siege bekannt wurden. Von den 15 Mandaten errangen die Sozialdemokraten 6, die Liberalen 3 Mandate; außerdem finden 6 Stichwahlen statt und kommen die Sozialdemokraten in zwei Kreisen zur Stichwahl und 4 Stichwahlen finden statt zwischen den Liberalen und der Bürgerpartei. Von den 15 Mandaten hatten früher in Posen S. D. 3, Lib. 8, B. P. 4. Gewählt wurden die Genossen P. Singer, H. Stadthagen, Hühne, S. Sabor, J. Henke und S. Borgmann; in Stichwahl kommen die Genossen Jaded und Regner. Stimmen wurden abgegeben:

Sozialdemokratie	15791 (9883 mehr gegen 1885)
Liberalen	11662 (2235 „ „ 1885)
Bürgerpartei	5463 (49 „ „ 1885)

Bei der Gemeinderathswahl in Gera wurden 7 Sozialdemokraten gewählt.

Zwölfen bei Gera. Bei der am 18. d. M. stattgefundenen Gemeinderathswahl wurden 5 Sozialdemokraten gewählt.

Spandau, 17. November. Bei der heutigen Stadtverordnetenwahl wurden die Arbeiterkandidaten, darunter zwei Sozialdemokraten, gewählt.

Und noch verschiedene andere Orte haben solche Siege zu verzeichnen oder bei der Stichwahl in Aussicht.

Besonders Gera hat durch diese Wahlen die gebührende Antwort gegeben auf die vielen Ungerechtigkeiten, welche die Sozialdemokratie dort von den „Stadtvätern“ hat erdulden müssen. Hätten die Frauen wenigstens Gemeindevahlrecht, so dürfte nicht fehtzulegen sein, wenn wir sagen, dann hätte die Sozialdemokratie an verschiedenen Orten bereits die Hälfte der Macht in Händen.

Haushaltswirtschaftliches.

Waschen von Fleisch und Gemüse. Fleisch und Gemüse vor dem Kochen längere Zeit in Wasser zu legen, ist ein verkehrtes Verfahren, das nur dazu beiträgt, die Nahrungsmittel zu verschlechtern. Das Wasser besitzt nämlich in weit höherem Maße, als man gewöhnlich annimmt, die Kraft, die Stoffe auszulaugen, und sind es gerade deren feinsten Bestandtheile, welche immer zuerst ausgezogen werden. Je mehr ein Brunnenwasser Salze enthält — und giebt kaum eines, welches davon frei wäre — um so größer ist seine Einwirkung. Der mehr oder minder große Kalkgehalt, den fast alle Brunnenwasser besitzen, trägt auch dazu bei, die Thier- und Pflanzenfaser hart zu machen. Man sollte deshalb Pflanzen und Fleisch nie länger im Wasser lassen, als gerade nothwendig ist, um sie zu reinigen. Manche Hausfrauen wissen ja auch aus Erfahrung, daß Spargel, Salat, Wirsing ufm. an Zartheit und Geschmack verlieren, wenn sie vor der Zubereitung mehr als unumgänglich nothwendig ist, mit Wasser behandelt werden.

Literarisches.

Der „Neue Welt-Kalender für 1891“ ist erschienen und in allen Zeitungsansagen zu haben zum Preise von 50 Pfg. Im Verlage der Buchdruckerei „Gutenberg“ in Leipzig erscheint eine 4 Bogen (64 Seiten) starke Broschüre unter dem Titel: Die zehn Gebote und die besternte Klasse. Nach dem gleichnamigen Vortrage von Adolph Hoffmann, Redakteur des „Leipziger Volksboten“. Dem Drängen der Genossen aus allen Orten, wo der Verfasser diesen Vortrag gehalten hat, denselben in einer Broschüre herauszugeben, ist derselbe nachgekommen, indem er den Inhalt bedeutend vervollständigt und ergänzt hat, sodass diese Schrift auch für diejenigen, welche den Vortrag selbst gehört haben, ein hohes Interesse bietet. Preis der Broschüre 30 Pfg.

Soeben erschien im Verlage von Wörlin u. Comp. in Nürnberg: Der deutsche Handwerker- und Arbeiter-Kalender für das Jahr 1892. Der nunmehr seit 14 Jahren von genanntem Verlag herausgegebene Kalender ist auch in diesem Jahre derart ausgestattet, daß er zahlreiche Abnehmer finden wird. Als ganz besonders werthvoll aus dem Inhalt des Kalenders wollen wir hauptsächlich „Das Gesetz betr. die Abänderung der Gewerbeordnung“ hervorheben. Die Kenntniß der Gewerbeordnung ist für jeden Handwerker und Arbeiter absolut nothwendig und dürfte also schon dieser Umstand Veranlassung geben, dem Kalender einen großen Absatz zu sichern. Der weitere Inhalt des wiederum 16 Bogen starken Kalenders ist folgender: Kalenderium mit Gesichtskalender. Post- und Telegraphen-Tarif für Deutschland und das Ausland. Das neue Gesetz, betr. die Gewerbeordnung. Die wichtigsten Bestimmungen aus den in Deutschland geltenden Vereinsgesetzen. Das neue Patent-Gesetz, Laach- und Gerichtsverordnungen. Münzwesens-Tabellen. Einnahme- und Ausgabe-Tabellen. Schein-Papier mit Datum für Tages-Notizen. Der Kalender ist also Kalender, Notizbuch und Gesetzsammlung zu gleicher Zeit, was ihm gegenüber anderen erscheinenden Kalendern einen bedeutend erhöhten Werth verleiht. Zu beziehen ist der Kalender zu den Preisen von 75 Pfg. (1. Qualität) und 50 Pfg. (2. Qualität) durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs.

Briefkasten.

München, Fr. Sch. Die Bücher gehören Ihnen. Besten Gruß. Druck von Fr. Meyer & Hingpeter, Hamburg, Rosenstr. 55.